

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM. Einjahresabonnement 24 RM. (zuzüglich Abrechnung für Porto). Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10. Fernsprechnummer: 1011. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10. Fernsprechnummer: 1011. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10. Fernsprechnummer: 1011.

Abgabepreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Wilsdruffer, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Raumzeile im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren über 20 Reichsmarkige, Besondere und Plagiaten werden nach Möglichkeit abgelehnt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen alle Vermitlungsgesellschaften keine Haftung.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 81. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 6. April 1927

Ausgleich — nicht Kampf.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Jeder Tag bringt jetzt neue Kündigungen von Tarifabkommen und besonders am 31. März ist eine ganze Reihe solcher Tarife, darunter der im rheinisch-westfälischen Bergbau abgeschlossene, gekündigt worden. Gleichzeitig damit läuft im Reichstag die Beratung des Arbeitszeitgesetzes, wobei die Gegenseite recht hart aufeinanderprallen. Aussparungen und Streikbeschlüsse mehren sich. In einer ganzen Reihe von Gewerben ist es aber auch zu einer friedlichen Erledigung der Lohnangelegenheiten gekommen. Lohnerhöhungen in nicht unbeträchtlichem Ausmaß wurden bewilligt. Aber in anderen Gegenden werden die Gegensätze durch Streik und Aussparung ausgekämpft werden müssen. Eine sozialpolitische Welle durchläuft Deutschland, zu einer Zeit, in der wieder eine ungeheure Unterfristung und von draußen her zugute kommen kann, nämlich durch den amerikanischen Vergarbeiterstreik.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes sieben erst wieder darauf hingewiesen, daß bei der Ausführung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundenarbeitszeittag die Hemmnisse sehr viel mehr von englischer als von deutscher Seite kämen, und besonders der Kohlenbergbau zeige, daß die Entwicklung in England zu einer Verlängerung der Arbeitszeit treibe, während in Deutschland das Gegenteil beabsichtigt werde. Doch nicht bloß die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch Erhöhung der Löhne werde angestrebt und dies aus dem Grunde, weil die Erhöhung der Löhne hierfür den Anstoß abgibt. Hat doch der preussische Wirtschaftsminister mehrfach erklärt, daß diese Erhöhung weitgemacht werden müsse durch eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Ob sich das freilich so ohne weiteres und überall ermöglichen läßt, unterliegt doch einem Zweifel.

Gewiß bewegt sich unser Wirtschaftsleben zurzeit immer noch auf einer langsam aufsteigenden Linie; aber leider ist die Lage in einer unserer wichtigsten Industrien, nämlich gerade im Kohlenbergbau, keineswegs mehr so günstig wie zu Beginn des Jahres 1927. Die Kohlenförderung ist zurückgegangen, der Absatz ist stark gesunken, da der englische Wettbewerb das verlorene Feld wieder erobert hat, und schon müssen Feierschichten eingelegt werden, sind mehrere staatl. Werke stillgelegt worden. Auf der anderen Seite aber ist ein erfreuliches Sinken der Erwerbslosenziffer festzustellen, da der Beschäftigungsgrad der Industrie im allmählichen Steigen begriffen ist und die Saisongewerbe, wie namentlich die Landwirtschaft, einsehen. In solchen Zeiten steigender Konjunktur sind ja die Lohnkämpfe an der Tagesordnung, obwohl die Kampfplage für die Arbeitnehmer jetzt keine glänzende ist, da die Zahl der Erwerbslosen immer noch sehr beträchtlich bleibt. Die Durchnationalisierung der deutschen Wirtschaft ist zu einem guten Teil erfolgt und je ist, wie das nicht anders hat sein können, zum großen Teil auf Kosten vermindelter Beschäftigung erfolgt. Nun rängt die Arbeiterschaft danach, an dem Erfolge dieser Nationalisierung teilzuhaben, also im Beschäftigungsgrad, in Arbeitszeit und Lohnhöhe einen gewissen Ausgleich zu finden. Wir hatten im vergangenen Jahre die volkswirtschaftlich erstrebliche Tatsache zu verzeichnen, daß durch Streik und Aussparung nur eine Million Arbeitstunden verlorengegangen sind, eine Zahl, die weit unter der der Vorkriegszeit liegt. Wenn jetzt die Gegensätze härter aufeinanderstoßen, der Kampf wieder heftig entbrennt, so haben doch beide Seiten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, aus der Entwicklung der letzten Jahre im großen und ganzen das eine gelernt, daß nämlich ein wirtschaftlicher Kampf bis zum Weichen beider Teile schädlich ist. Im Arbeitszeitgesetz ist ein solcher mittlerer Ausgleich versucht worden und auch in Lohnkämpfen wird er sich, wenn beide Seiten einen klugen Kopf bewahren, finden lassen. Der Reichsarbeitsminister will, wie er ausdrücklich betont, durch die in diesem Gesetz niedergelegte vielfache Verkürzung der Arbeitszeit und durch die Lohnerhöhung bei notwendigen Überstunden es herbeiführen, daß die Unternehmungen auch die Arbeiter an den Ergebnissen der Nationalisierung teilnehmen lassen. Darin liegt vielleicht überhaupt die höchste sozialpolitische Aufgabe des modernen Staates, nämlich ausgleichend zu wirken beim Auseinanderdrallen der Gegensätze, um im Interesse der Gesamtheit übertriebene Anforderungen oder unbilliges Versagen der einen oder der anderen Seite zu verhindern.

Englisches Gewerkschafts- und Streikgesetz.

Im englischen Unterhaus brachte der Generalkonventionsrat eine Gesetzesvorlage über das Gewerkschaftsrecht. Die Gesetzesvorlage erklärt alle Streiks für ungesetzlich, die bestimmt sind, einen Zwang auf die Regierung auszuüben oder die Allgemeinheit einzuschüchtern, ferner jeden Streik, der sich nicht auf einen Streik innerhalb des betreffenden Industriezweiges bezieht. Für einen Anführer oder Teilnehmer an einem ungesetzlichen Streik sind schwere Geld- und Gefängnisstrafen vorgesehen. Allen Personen, die sich weigern, an einem ungesetzlichen Streik teilzunehmen, wird Schutz ge-

Der Endkampf um den Reichshaushalt.

Konkordat, Albanien und China.

Ministerreden im Reichstag.

(306. Sitzung.)

OB. Berlin, 5. April.

Anträge der Sozialdemokraten zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen waren vom Ausschuss als durch die mittlerweile ergangenen Bestimmungen für erledigt erklärt worden und wurden in der gestrigen Sitzung abends spät abgelehnt. Dann wurde ein Antrag des Ausschusses, der Bewilligung von 20 Millionen für die Kleinentrentnerfürsorge empfiehlt, angenommen, ehe Beratung eintrat. Heute stand auf der Tagesordnung die dritte Lesung des

Reichshaushalts für 1927.

Abg. Dr. Hülserding (Soz.) meinte, durch zweifelhaftes Erklärungen hätten die Deutschnationalen nach ihrem Eintritt in die Regierung Unrechtlichkeit in die Politik getragen. Die erste Frucht der neuen Arbeitsgemeinschaft sei eine Subvention von 45 Millionen an Bayern zur Aufrechterhaltung seines ausgefallenen Verwaltungsapparates. Seine Fraktion lehne den Etat ab als Protest gegen den Partikularismus. Während die sozialen Ausgaben stark herabgesetzt worden seien, erhöhe man die Lasten der minderbemittelten Bevölkerung durch Ziehung der Agrarzölle.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beschwerte sich, daß nicht alle Minister zur Stelle sind, und beantragte Vertagung der Sitzung um eine Stunde, bis alle Minister erschienen seien. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Abg. Torpfer (Komm.) erklärte, die Opposition der Sozialdemokraten sei nur eine Scheinopposition und würde es auch in Zukunft bleiben. Mindestens 70 % aller Steuern seien Steuern für die breiten Massen. Die Kommunisten lehnten diesen Etat ab.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangte Klarheit und Durchsichtigkeit des Etats. Er forderte u. a. eine Verkürzung des Proporzums des Finanzausgleichs auf ein Jahr, damit recht bald in einem endgültigen Finanzausgleich Ländern und Gemeinden das Steuerzahlerlos entzogen und damit die Selbstverwaltung gegeben werde. Der Redner besprach dann die Ausführungen Dr. Stresemanns zur Konkordatsfrage und gab der Hoffnung Raum, daß beim Reichsdagesatz sich wieder ein gemeinsamer Boden für die liberalen Parteien finden werde.

Abg. Dr. Bredt (Natl. Vgl.) führte aus, daß der Etat seine Partei mit großer Sorge erfüllt, mit besonderer Sorge aber die Erklärung der Regierung, daß die meisten Ausgaben zwangsläufig seien. Die Steuern seien alle zu hoch in den Etat eingestrichelt. Die Wirtschaftspolitik lehne diesen Etat ab.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) wies darauf hin, daß man jetzt bereits die Reserven angreifen müsse, um nur den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Damit schloß die allgemeine Aussprache. Es folgte die Einzelberatung der Haushaltspläne. Die Haushaltspläne des Reichspräsidenten und des Reichstages wurden ohne Aussprache genehmigt und ebenso der Haushalt des Reichsministeriums und des Reichsanstalters nach unweitesichtiger Debatte.

Der Abg. Stöcker (Komm.) beantragte Streichung der Ausgaben für den Völkerverbund. Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wird die Sitzung unterbrochen, bis der Reichsaussenminister erschienen ist. Dr. Stresemann erscheint nach kurzer Zeit im Saal.

Abg. Dr. Weitzel (Soz.) stellte fest, daß die Regierungsparteien in der Außenpolitik formal einig seien, wie auch die Sozialdemokratie diese Außenpolitik billige. Sogar der deutsche nationale Justizminister Herst habe anerkannt, daß die Außenpolitik zwangsläufig sei. Der Redner fragte den Außenminister nach Äußerungen über das Konkordat, ferner nach dem Stande der albanischen Angelegenheit.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

führte u. a. an: In der Konkordatsfrage befände keine Abweichung zwischen dem Außenminister und den Parteiführern. Er habe gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung eines Konkordats erklärt, daß es sich hier um eine ganz andere Situation handle, nachdem einzelne Länder Konkordate bereits abgeschlossen hätten oder vorbereiteten. Er hätte gebeten, die Sache leidenschaftlos zu behandeln und die weitere Entwicklung in Preußen abzuwarten. Seine Erklärungen deckten sich mit der seinerzeitigen Erklärung der Reichsregierung.

Dr. Stresemann erklärte weiter, daß er im gegenwärtigen Augenblick über die albanische Frage öffentlich nicht sprechen könne. Es fänden gegenwärtig Verhandlungen statt über eine Regelung, die die Sicherheit geben solle, daß der Frieden zwischen den beiden beteiligten Mächten nicht gefährdet werde und daß die albanische Unabhängigkeit selbst gesichert werde. Die Reichsregierung sei über diese Besprechungen unterrichtet. Er sei bereit, im Auswärtigen Ausschuss Auskunft zu geben, soweit dies möglich sei. Dasselbe gelte von der chinesischen Frage. Waffenlieferungen nach China im Einverständnis mit der Reichsregierung hätten nicht stattgefunden.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) vernichtete eine klare Stellungnahme Dr. Stresemanns in der Konkordatsfrage.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erwiderte, die ganzen Verhandlungen in dieser Frage befänden sich noch im Anfangsstadium der Rekonstruktion. Er sei daher nicht in der

währt. Der Staat, der den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern gewährt wird, kommt in Wegfall, wenn sie an einem ungesetzlichen Streik beteiligt sind. Die Gewerkschaften dürfen ihre Mitglieder nicht zu Beiträgen für politische Fonds veranlassen, wenn die Mitglieder nicht schriftlich ihr Einverständnis erklärt haben. Politische Fonds müssen von allgemeinen Fonds getrennt gehalten werden.

Lage, eine blühende Erklärung dazu abzugeben. Aus seiner persönlichen Auffassung mache er kein Hehl.

Nachdem mit Bayern ein Konkordat abgeschlossen sei und vielleicht auch mit Preußen ein solches zustande käme, sei er der Meinung, daß auch ein Konkordat mit den übrigen Ländern abgeschlossen werden solle. (Lebhaftes „Hört! hört!“ links.) Es sei jedenfalls wünschenswert, daß über gewisse Rahmenbestimmungen auch das Reich die Entscheidung trafe.

Die Stellungnahme im einzelnen werde davon abhängen, welchen Inhalt diese Abmachungen haben würden.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde erledigt. Es folgte der Haushalt des

Reichsministeriums des Innern.

Abg. Solmann (Soz.) betonte, daß die Sozialdemokraten für den demokratischen Antrag gegen ein Konkordat stimmen sollten. Der Redner bemängelte die Kürzung der Mittel für kulturelle Zwecke.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler wies darauf hin, daß ein in den Einnahmen überfälliger Reichsbeitragskulturelle Fonds ganz anders bedeuten könnte und müßte. Die Länder müßten sich mehr der Kulturfrage annehmen. Der Minister teilte mit, daß für das Hygienemuseum in Dresden im Rahmen dieses Etats eine Beihilfe gewährt werden solle.

Abg. Rosenbaum (Komm.) beschwerte sich über die Behandlung der Kommunisten durch die bayerische Regierung. Abg. Dr. Köhler (Dem.) bat, für das Hygienemuseum in Dresden wenigstens 500 000 Mark anzusetzen, nachdem man die zuerst eingekettete eine Million gekürzt habe. Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Beihilfe. Abg. Rünneberg (Dem.) verwies auf die Not der Junglehrer, für die man, wie im Vorjahre, wiederum 6 Millionen einsetzen solle. Abg. Sparrer (Dem.) forderte Bereinigung von zwei Millionen Mark für die Zepelin-Edener-Spende.

Beim Haushalt des Arbeitsministeriums

warf Abg. Berg (Komm.) dem Arbeitsminister arbeitserfreundliches Verhalten vor.

Abg. Lipinski (Soz.) fragte den Minister nach dem Verbleib des Wohnungsbauprogramms.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärte, das Programm sei im November schon fertig gewesen, aber das geschäftsführende Kabinett hätte die 20 % Mietserhöhung nicht beschließen können, die die Voraussetzung gewesen sei. Das neue Kabinett habe jedoch die Mietserhöhung in zwei Stappen beschlossen. Das Programm sei also überholt gewesen. Eine neue Denkschrift werde dem Wohnungsausschuss in kürzester Frist zugehen. Die Einzelheiten könne man bei der dritten Etatslesung natürlich nicht vortragen.

Die Abstimmungen zu den Etats des Arbeits- und des Justizministeriums wurden zurückgestellt.

Beim Etat des Reichsernährungsministeriums trat die Abg. Frau Bohm-Staudy (Soz.) für Erhöhung der von den Regierungsparteien für die Kindererziehung beantragten vier auf fünf Millionen ein. Die Abstimmungen über diesen Etat wurden ebenfalls zurückgestellt und der Etat des Justizministeriums debattelos genehmigt. Beim Wehretat schiebt Abg. Greußburg (Komm.) die Verantwortung für das Reichswehrsystem dem Sozialdemokraten zu. Abg. Fried (Nationalsoz.) tritt für Verbesserung gewisser Beamter ein. Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, der Spartakusbund sei an der Entwicklung der Reichswehr schuld.

Darauf wurden die zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt. Auf Antrag der Regierungsparteien wurde im Etat des Innern eine Million für das Hygienemuseum in Dresden und Sportwesen wieder eingesetzt, für die Studentenbisse 300 000 Mark, für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche 500 000 Mark, für die Junglehrer enthielt der Etat 2,5 Millionen. Erhöhungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden abgelehnt. Die Regierungsparteien beantragten Streichung des ganzen Titels.

Dieser Streichungsantrag wurde mit 194 gegen 185 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Nuruse links.) Die Million für das Hygienemuseum in Dresden wurde mit 243 Stimmen gegen 152 bei einer Stimmenthaltung gestrichen. Der Rest des Innentats wurde bewilligt.

Beim Etat des Reichsarbeitsministeriums wurden auf Antrag der Regierungsparteien 50 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen, 25 Millionen für Kleinentrentner neu eingesetzt. Neu eingesetzt wurden ferner 72 Millionen Reichsbeitrag für die Invalidenunterstützung. Die unterstützende Erwerbslosenfürsorge wurde von 200 auf 450 Millionen erhöht. Der Rest des Etats des Arbeitsministeriums wurde angenommen. Ebenso der Etat der besetzten Gebiete.

Im Ernährungshaushalt wurde auf Antrag der Regierungsparteien die Beihilfe für dauerliche Wirtschaftsbearbeitung mit 1,9 Millionen wieder hergestellt, 700 000 Mark zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen neu bewilligt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Kindererziehung mit fünf Millionen wieder herzustellen, wurde mit 213 gegen 170 Stimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt. Auf Antrag der Regierungsparteien wurden vier Millionen dafür bewilligt. Die bei der zweiten Lesung gestrichenen 1,1 Millionen für Kredite an die Treibnehrertragsländer usw. wurden wieder eingesetzt.

Die Abstimmungen zum Etat des Reichsinnenministeriums im Reichstage.

Eigener Fernsprecheint des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 5. April. Im Reichstage wurden heute bei den Abstimmungen zum Etat des Reichsinnenministeriums eine Million Mark zur Förderung des Turnens und Sportes wieder eingesetzt; ferner 300 000 Mark für die Studentenbisse und